

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Allgemeiner Teil	
A. Fragestellung und Thesen	3
I. Fragestellung	3
1. Die auswärtige Gewalt als innerstaatlicher Rechtsbegriff	4
2. Auswärtige Gewalt als Teil moderner souveräner Staatlichkeit im Wandel	4
II. Das allgemeine Verständnis des Begriffs der auswärtigen Gewalt	7
1. Der einfache Wortsinn in der ursprünglichen Rezeption	7
2. Unterscheidung in innere und äußere Wirkungsrichtung der auswärtigen Gewalt	10
III. Definition der auswärtigen Gewalt in ihrer Anwendung	13
1. Definitionsvorschlag	14
a. Sachlich-inhaltliche Bestimmung (Hauptthese)	14
b. Formelle Bestimmung (Nebenthese)	14
2. Abgrenzung zum Kollisionsrecht	15
3. Der Zweck der Definition	18
B. Besonderheiten der auswärtigen Gewalt	20
I. Der Ursprung der auswärtigen Gewalt: die Territorialität des Staates	20
II. Innere Ignoranz	23
III. Einbeziehung äußerer Imperative nach innen	25
C. Vergangenheit und Gegenwart des Rechtsbegriffs der auswärtigen Gewalt	29
I. Die historische Entwicklung des Rechtsbegriffs der auswärtigen Gewalt in der klassischen Staatslehre und seiner Rezeption in das gegenwärtige Staatsrecht	29
1. Die klassischen Staatsdenker	30
2. Der Primat der Außenpolitik	38

3. Die Übernahme und Weiterentwicklung des Verständnisses der auswärtigen Gewalt durch deutsches Staatsrecht und Staatslehre bis zum Zweiten Weltkrieg	40
4. Normative und judizielle Versuche der Zeit, Besonderheiten der auswärtigen Gewalt zu erfassen	51
a. Nomativer Versuch durch Preußische Verordnung	51
b. Die Rechtsprechung des Kompetenzkonfliktsgerichtshofs ..	53
aa. Zu staatlichen Konfiskationen bei Gebietswechseln	53
bb. Immunität	54
cc. Kritik an der vom KGH behaupteten Prärogative auswärtiger Gewalt	55
II. Die aktuelle rechtliche Einordnung der auswärtigen Gewalt nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland	55
1. Das Verständnis der Lehre	56
2. Die auswärtige Gewalt in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	61
a. Das Saarurteil	66
b. Der Antrag auf einstweilige Anordnung anlässlich des Grundlagenvertrags	69
c. Zum Ermessen der Bundesregierung bei der Schutzgewährung gegenüber fremden Staaten	73
d. Das Bodenreformurteil	74
e. Auswärtige Gewalt anlässlich von Entscheidungen zum Asyl- und Ausländerrecht	80
f. Das neue strategische Konzept der NATO	82
g. Gemeinsamkeiten der Konflikte institutioneller Rechte und auswärtiger Gewalt vor dem Bundesverfassungsgericht	84
h. Gemeinsamkeiten aller Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen zur auswärtigen Gewalt	85
3. Zwischen Rechtsprechung und Lehre: gerichtsfreie Hoheitsakte	87
a. Auswärtige Gewalt als justizfreier Hoheitsakt in der Lehre	88
b. Justizfreie Hoheitsakte und auswärtige Gewalt in der Rechtsprechung	90
c. Abschied von einem Rechtsbegriff der justizfreien Hoheitsakte	95
4. Parallelfragen bei der Anwendung ausländischen Rechts: ein „außenpolitisches Kollisionsrecht?	99
D. Ergebnis	106

Besonderer Teil

Einleitung	111
A. Die Beschränkungen der Außenwirtschaft zugunsten auswärtiger	
Belange des Staates	113
I. „Auswärtige Beziehungen“ in der Normierung des	
Außenwirtschaftsgesetzes	113
1. Der Wortlaut der Norm im Zusammenhang	113
2. Bedeutung des Tatbestandsmerkmals der „auswärtigen	
Beziehungen“	114
II. Grundrechtsbeschränkung durch Berücksichtigung auswärtiger	
Beziehungen im Außenwirtschaftsgesetz	115
1. Fragestellungen beim Grundrechtskonflikt	115
2. Die parlamentarische Nachkontrolle	120
a. Die Praxis der parlamentarischen Nachkontrolle	121
b. Der Anwendungsfall des Großröhrenembargos gegen die	
Sowjetunion	122
aa. Die Frist	123
bb. Das Verfahren	124
cc. Wertung	124
3. Die „auswärtigen Beziehungen“ im AWG in der	
Rechtsprechung	125
a. Bundesverfassungsgericht	125
b. Die Rechtsprechung der sonstigen Gerichte	127
4. Die „auswärtigen Beziehungen“ des § 7 Abs. 1 Nr. 3 in der	
Verwaltungspraxis: die Sanktionen im Schnittbereich	
nationalen, europäischen und internationalen Rechts	130
a. Die normativen Grundlagen der Wirksamkeit eines	
Embargos	133
aa. Die völkerrechtlichen Vorentscheidungen	133
bb. Das Verfahren zur Umsetzung völkerrechtlicher	
Embargobeschlüsse	134
cc. Die neuere völkerrechtliche Embargopraxis	137
(1) Das Irak-Embargo	137
(2) Konfliktlage und Lösungsansatz	144
(3) Export sensibler Güter nach Libyen	149
(4) Panzerersatzteile nach Persien	152
(5) Das Jugoslawien- Embargo zwischen nationaler,	
europäischer und internationaler Normierung	156
(6) Usama bin Laden und das Außenwirtschaftsgesetz	162
b. Außenpolitische Generalermächtigung oder	
Grundrechtsschutz?	165
III. Parallelen zum Kriegswaffenkontrollrecht	171
B. Auswärtige Belange im Ausländerrecht	173

I. Ausländerrecht und auswärtige Gewalt	173
II. Die normative Berücksichtigung auswärtiger Belange im Ausländerrecht	175
1. Der Regelversagungsgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 3 AuslG bei der Visaablehnung	176
2. Abschiebung nach § 45 Abs. 1 AuslG und Geheimschutz	177
3. Ermessensreduzierung der Ausländerbehörden auf Null wegen völkerrechtlicher Verpflichtung im Ausländerrecht? ...	178
a. Unterschiedliche gerichtliche Wertung außenpolitischer Faktoren	179
b. Auswirkungen außenpolitischer Ziele in der Anwendung des Ausländerrechts	180
4. Abschiebung trotz Asylberechtigung wegen auswärtiger Belange	181
5. Auswärtiges bei der Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes	183
III. Ergebnis	186
1. Zusammenfassung	186
2. Entgegengesetzte gerichtliche Wertungen außen- und sicherheitspolitischer Sachverhalte	187
a. Keine Ausweisung von irakischen Geheimdienstmitarbeitern wegen befürchteter Terroranschläge	188
b. Visumsversagung wegen Verdachts, als Technologiebeschaffer wirken zu wollen	190
c. Wertung	191
C. Die Berücksichtigung „auswärtiger Belange“ in § 7 Abs. 1 Nr. 1 PassG	192
I. Der § 7 Abs. 1 Nr. 1 PassG	193
II. Die Rechtsprechung zur Passversagung	194
1. Die „Gesamtdeutsche Erklärung“ in Wien	194
2. Propaganda von rechts	197
3. Fußballländerspiele und auswärtige Gewalt	199
III. Auswärtige Belange als „Joker“ für passrechtliche Maßnahmen? .	201
D. Wahlrechtsgleichheit und auswärtige Gewalt; der Südschleswigsche Wählerverband	202
E. Wirkungen auswärtiger Interessen im öffentlichen Baurecht	204
I. Sachverhalt	205
II. Würdigung	207
1. Die baurechtliche Zulässigkeit des Vorhabens	207
a. Die Zulässigkeit einer Ausnahme nach § 7 Nr. 8 c der Berliner Bauordnung	207

b. Die Befreiung nach § 31 Abs. 2 Nr. 1 BauGB	209
2. Baurechtlicher Nachbarschutz und auswärtige Belange	211
F. Auswärtiges im allgemeinen Verwaltungsverfahren; § 2 Abs. 3 Nr. 3 VwVfG	213
G. Schutz auswärtige Belange durch das zivilgerichtliche Verfahrensrecht	214
I. Die „auswärtigen Interessen“ in § 35 ZRHO	214
1. Die Norm in der gerichtlichen Anwendung	215
2. Würdigung des gerichtlichen Verfahrens	217
3. Konflikt auswärtiger und justizieller Gewalt im Verfahren	218
4. Die Parallelwertung im IRG	220
5. Rechtsschutz und auswärtige Gewalt im Konflikt bei der internationalen justiziellen Zusammenarbeit	222
II. Die Umsetzung auswärtiger Interessen durch § 104 a der Grundbuchverfügung	226
1. Die normative Ermächtigung des Auswärtigen Amtes in Grundbuchsachen	226
2. Die Praxis der Bestätigung des Auswärtigen Amtes nach § 104 a GBV	228
a. Der Sachverhalt	229
b. Rechtsfrage oder außenpolitisches Ermessen nach § 104 a GBV?	230
c. Eigentum Russlands an den Grundstücken nach deutschem Recht	230
III. Der mögliche Einfluss auswärtiger Belange auf privatrechtliche Rechtsbeziehungen	243
1. Der Sachverhalt	243
2. Würdigung	245
IV. Ergebnis	247
H. Auswärtige Gewalt im Strafrecht	247
I. Einleitung	247
II. Die Rechtshilfe in Strafsachen	249
1. Die normativen Grundlagen	249
2. Der völkerrechtlich-zwischenstaatliche Charakter der Rechtshilfe	250
III. Der innerstaatliche Strafrechtsschutz auswärtiger Staaten	252
IV. Internationales Strafrecht	253
V. Das Völkerstrafrecht	255
1. Völkerstrafrecht und auswärtige Gewalt	255
2. Begründung des Völkerstrafrechts	256
3. Strafrechtliche Verfolgung von Regierungschefs	258
a. Verfahren vor Völkerstrafgerichten	258

b. Verfahren vor nationalen Gerichten	260
VI. Ergebnis	263
I. Geheimhaltung und auswärtige Gewalt	263
I. Fragestellung	263
II. Öffentlichkeit als Grundgesetz der Demokratie	264
III. Die besondere Rechtfertigung der Geheimhaltung zu Gunsten der auswärtigen Gewalt	265
1. Normative Grundlagen des Geheimschutzes auswärtiger Angelegenheiten	265
2. Der „Arnim-Paragraf“, § 353 a StGB	265
3. Das geplante Informationsfreiheitsgesetz	266
4. Die Bedeutung der beamtenrechtlichen Schweigepflicht	267
5. Geheimschutz durch Verweigerung der Aktenvorlage nach § 99 Abs. 1 Satz 2 VwGO	268
IV. Ergebnis	269
J. Die Entscheidung über die Gerichtsbarkeit als auswärtige Gewalt	270
I. Versuch einer völkerrechtlichen Regelung; die Haager Konferenz für Internationales Privatrecht	272
1. Die „weiße Liste“ der im Übereinkommen vereinheitlichten Regeln über die internationale Zuständigkeit	273
2. Die „schwarze Liste“ der verbotenen Zuständigkeiten	273
3. Der „graue Bereich“	274
II. Völkerrechtliche Zulässigkeit exorbitanter Gerichtsstände?	274
1. Private als Organe des Forumstaates nach Völkerrecht?	275
2. Deutsche Rechtsprechung zur völkerrechtlichen Abgrenzung von Gerichtsbarkeiten	277
3. Staatenpraxis zur völkerrechtlichen Abgrenzung der Gerichtsbarkeiten	278
4. Ergebnis	278
III. Lösungsmöglichkeiten von Justizkonflikten auf völkerrechtlicher Ebene	279
1. Die diplomatische Intervention	280
2. Das Kooperationsverhältnis von Exekutive und Judikative bei der praktischen völkerrechtlichen Abgrenzung der Gerichtsbarkeiten	281
3. Die Ergebnisoffenheit völkerrechtlicher Lösungsansätze	282
4. Lösungsmöglichkeiten nach innerstaatlichem Recht	282
a. Die politischen Zivilurteile im angloamerikanischen Recht .	283
b. Gerichtlich ausgetragener Justizkonflikt	284
aa. Der Fall Marc Rich	285
bb. Völkerrechtliche Verantwortung für die Abgrenzung der Jurisdiktionen	286

5. Ergebnis	287
K. Immunität	288
I. Die innerstaatliche Transformation völkerrechtlicher Immunität ..	288
II. Der Schutzzweck völkerrechtlicher Immunität vor innerstaatlicher Gerichtsbarkeit	290
III. Der Konflikt immunitätsgeschützter auswärtiger Belange und Individualrechte vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof	290
1. Waite und Kennedy	291
2. Al-Adsani	292
a. Sachverhalt	292
b. Entscheidungsgründe	293
3. Bedeutung dieser Rechtsprechung für das innerstaatliche Verständnis völkerrechtlicher Immunität	294
IV. Der Internationale Gerichtshof im Fall Yerodia Ndombasi	296
1. Sachverhalt	297
2. Das Urteil	297
3. Bewertung	300
V. Vollstreckungsimmunität und auswärtige Gewalt in der Praxis ...	302
1. Schiedsgerichtliche Vereinbarungen zwischen Privaten und Staaten in der Vollstreckung: Russische Segelschulschiffe in Westeuropa	303
a. Sachverhalt	303
b. Die gerichtlichen Erkenntnisse	303
c. Berücksichtigung auswärtiger Belange in den Vollstreckungsentscheidungen	307
2. Vergangenheitsbewältigung und Vollstreckungsimmunität; das Distomo-Urteil	308
a. Der aktuelle Sachverhalt	308
b. Internationaler Rechtsschutz	309
c. Vollstreckung	310
d. Die historischen Geschehnisse von 1944 in Distomo	310
e. Bisherige justizielle Aufarbeitung der Vorgänge	312
f. Die verschiedenen rechtlichen Fragestellungen des Falles ..	312
aa. Die Argumente des Areopags zur Staatenimmunität	313
bb. Die Argumente Deutschlands	315
cc. Eigene Bewertung des Areopagurteils	319
g. Vollstreckung aus dem Areopagurteil	321
3. Gemeinsamkeiten zivilprozessualer Behandlung auswärtiger Belange in den Vollstreckungsfällen	322

Ergebnis der Untersuchung

A. Überblick über den Gang der Untersuchung	327
I. Allgemeiner Teil	327
II. Besonderer Teil	328
B. Tendenz effektiver Überprüfung des Schutzguts auswärtiger Belange .	330
I. Primat der Individualrechte vor auswärtigen Interessen in der Rechtsprechung	330
1. Der Leitfall des EuGMR „Al-Adsani“	330
2. Irakische Geheimdienstmitarbeiter und Abschiebung	331
3. Der „Wicho“-Fall	332
4. Die missglückte Flugreise	332
II. Effektive Überprüfung außenpolitischer Einschätzungen als Vorfrage im Prozess	333
III. Strafrechtliche Wertungen	334
IV. Gemeinsamkeiten der grundrechtsorientierten Perspektive	335
Literaturverzeichnis	339
Register	347